

Medieninformation

Sächsisches Staatsministerium für Soziales, Gesundheit und
Gesellschaftlichen Zusammenhalt

Ihr Ansprechpartner
Juliane Morgenroth

Durchwahl
Telefon +49 351 564 55055
Telefax +49 351 564 55060

presse@sms.sachsen.de*

26.01.2025

Internationaler Tag des Gedenkens an die Opfer des Holocaust – 27. Januar

**Staatsministerin Köpping: »Jüdinnen und Juden müssen in
Deutschland sicher leben können - beharrliches Eintreten gegen
antisemitisches Gedankengut nötig«**

Anlässlich des internationalen Gedenktages an die Opfer des Holocausts am 27. Januar erinnert Petra Köpping, Staatsministerin für Gesellschaftlichen Zusammenhalt, an das Leid der Betroffenen und mahnt gleichzeitig vor den Gefahren des erstarkenden Antisemitismus. Sie verurteilt die Leugnung und Relativierung der Verbrechen des Nationalsozialismus aufs Schärfste.

Staatsministerin Köpping: »Die Ermordung von Millionen Juden, Sinti und Roma, Behinderten, Zeugen Jehovas, Homosexuellen sowie anderen Menschen, denen die Nationalsozialisten das Menschsein absprachen, darf nicht in Vergessenheit geraten. Antisemitismus und Verschwörungserzählungen waren die Wurzeln des NS-Terrors und haben auch heute wieder Hochkonjunktur. Wir müssen diese Bedrohung sehr ernst nehmen und bekämpfen.

Indem wir uns an die Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft erinnern, rufen wir uns auch ins Gedächtnis, was es bedeutet, wenn ein Staat der eigenen Bevölkerung Schutz und die Wahrung von Rechten vorenthält. Die Geschichte mahnt uns, was passiert, wenn ein Staat sich nicht um Gerechtigkeit bemüht, sondern grausamste Verbrechen zum Mittel einer Politik macht, die Menschen in lebenswert und wertlos selektiert. Es darf keinen Platz für Antisemitismus, Hass und Hetze in demokratischen Gesellschaften geben. Wir tragen gemeinsam die Verantwortung dafür, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt nicht durch diejenigen zerrüttet wird, die Verschwörungserzählungen, Desinformation und extremistisches Gedankengut einsetzen, um Angst und Hass zu schüren.

Stimmen, die auf abscheuliche Art und Weise historische Fakten verdrehen und damit nicht nur dem würdigen Erinnern, sondern auch Menschen

Hausanschrift:
**Sächsisches Staatsministerium
für Soziales, Gesundheit
und Gesellschaftlichen
Zusammenhalt**
Albertstraße 10
01097 Dresden

www.sms.sachsen.de

Zu erreichen mit den
Straßenbahnlinien
3, 7, 8 Haltestelle Carolaplatz.

* Kein Zugang für verschlüsselte
elektronische Dokumente. Zugang
für qualifiziert elektronisch signierte
Dokumente nur unter den auf
www.lsf.sachsen.de/eSignatur.html
vermerkten Voraussetzungen.

in unserer Gesellschaft konkreten Schaden zufügen, gilt es deutlich entgegenzutreten. Postfaktische und postmoralische Rhetorik ist die aktuell vielleicht größte Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt, da sie Hass und Gewalt eine Legitimationsbasis bietet.«

Der am 7. Oktober 2023 verübte Terroranschlag der Hamas auf Israel und die darauf erfolgten Reaktionen stellen zudem weltweit eine gravierende Zäsur für jüdisches Leben dar. Die Vermischung des gewalttätigen geopolitischen Konflikts mit jahrtausendealten antijüdischen Ressentiments und kopfloser Hass haben im letzten Jahr dafür gesorgt, dass sich Jüdinnen und Juden u.a. in der deutschen Gesellschaft nicht mehr uneingeschränkt sicher fühlen. Milieuübergreifend fassen antisemitische Denkmuster auch darüber hinaus wieder zunehmend Fuß. So berichtete der Bundesverband der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus (RIAS) Ende 2024 von einer explodierenden Zahl antisemitischer Vorfälle – die Situation ist alarmierend. Beratungsstellen für Betroffene antisemitischer Gewalt hatten deutschlandweit stark steigende Anfragen zu verzeichnen.

Im Sächsischen Staatsministerium für Soziales, Gesundheit und Gesellschaftlichen Zusammenhalt ist das Demokratiezentrum Sachsen seit Jahren ein wichtiger Ansprechpartner für alle, die sich im Freistaat mit Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und demokratiefeindlichen Einstellungen auseinandersetzen wollen oder müssen. Neben der Beratung von Engagierten sowie Betroffenen, stellen Unterstützungsangebote für Kommunen sowie lokale Verantwortungstragende einen Schwerpunkt der Arbeit dar. Die RAA Sachsen e.V. bietet im Rahmen des Beratungsnetzwerks des Demokratiezentrums Sachsen Fachberatung für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt an.

Weitere Informationen

<https://www.demokratiezentrum.sachsen.de>

Hinweis: Das Demokratie-Zentrum Sachsen wird vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) im Rahmen des Bundesprogramms »Demokratie leben!« gefördert. Die Maßnahme wird zudem mitfinanziert durch Steuermittel auf der Grundlage des vom Sächsischen Landtag verabschiedeten Haushaltes.

Links:

[Demokratie-Zentrum Sachsen](#)